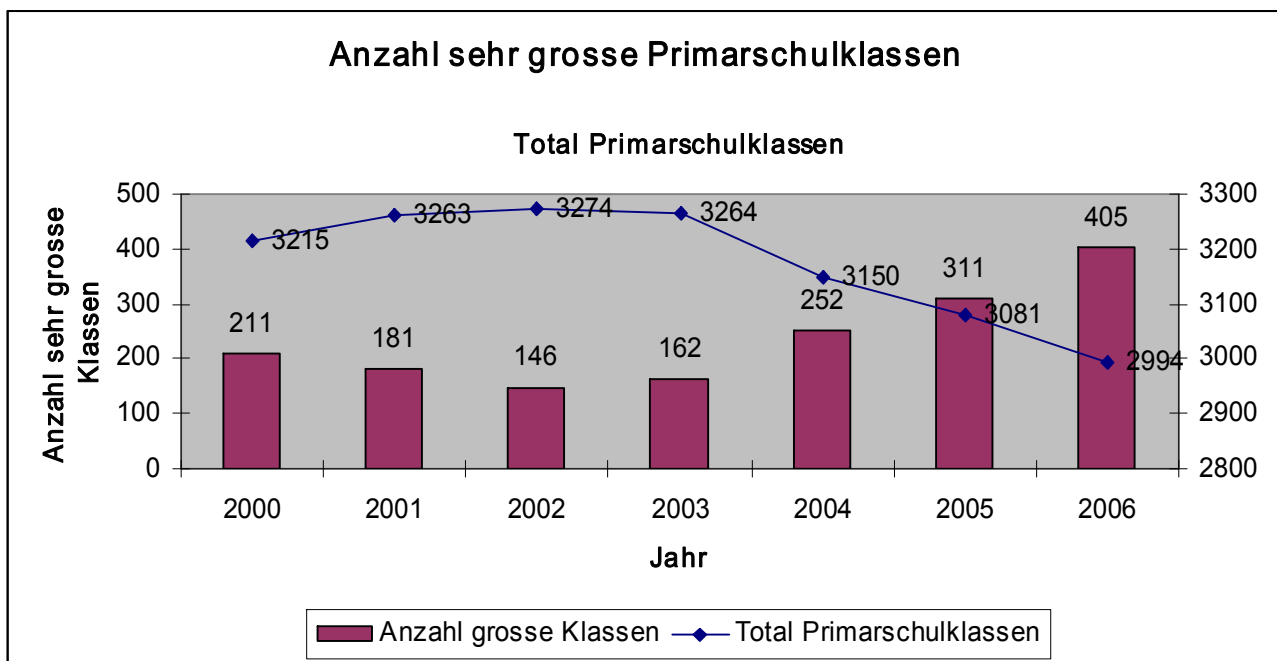


Alarmierende Entwicklung der Klassengrößen an der Volksschule

Daniel Jositsch, Chantal Galladé und Karin Maeder-Zuberbühler

Das Resultat der bürgerlichen Spar- und Abbau-Politik der letzten Jahre sind viele grosse Schulklassen und Kinder, die trotz grossem Einsatz von Lehrpersonen, oft nicht optimal gefördert werden können. Mit ihrer Sparpolitik und ihren Steuergeschenken haben die Bürgerlichen das Sanierungsprogramm 04 erzwungen, das nebst vielen anderen Sparmassnahmen im Bildungswesen auch die Erhöhung der Klassengrößen vorsah. Damals war die Meinung der bürgerlichen Mehrheit, dass ein Kind mehr pro Schulklasse nicht spürbar und gut verkraftbar sei. Anlässlich einer Medienkonferenz präsentierten Chantal Galladé, Ständeratskandidatin und Nationalrätin, Daniel Jositsch und Karin Maeder-Zuberbühler, Kantonsräte, Nationalratskandidierende und Ko-Präsidium der Klassengrößen-Initiative, Zahlen, die belegen, dass die Sparmassnahmen auf Kosten der Unterrichtsqualität und auf dem Buckel der Kinder und Lehrkräfte umgesetzt wurden.

Auswirkungen der Sparmassnahmen



Quelle: Bildungsdirektion des Kantons Zürich

Mit Beginn der Umsetzung des Sanierungsprogramms im Jahr 2004 ist die Anzahl der sehr grossen Primarklassen (ab 25 Schülerinnen und Schüler) rasant gestiegen, und zwar von 162 im Jahr 2003 auf 405 im Jahr 2006, als die Sparmassnahme voll umgesetzt wurde (siehe Tabelle). Die Anzahl der stark belasteten Klassen hat deshalb, bedingt durch die Sparmassnahmen, um ganze 150 Prozent zugenommen. Im Jahr 2006 waren damit im Kanton Zürich 10'479 Primarschulkinder (oder 14 Prozent von insgesamt 74'052 Primarschulkindern) in sehr grossen Klassen mit 25 oder mehr Kindern untergebracht; dies gegenüber nur 4128 von sehr grossen Primarklassen betroffenen Schülerinnen und Schülern (oder 5 Prozent von insgesamt 77'163 Primarschulkindern)

vor Umsetzung der Sparmassnahmen im Jahr 2003. Die gleiche Tendenz ergibt sich auch an der Oberstufe.

Noch viel gravierender erscheint die Situation, wenn man berücksichtigt, dass gleichzeitig die gesamte Zahl der Primarschulklassen stark gesunken ist (siehe oben Tabelle). Während es vor Einführung der Sparmassnahmen im Jahr 2003 im Kanton Zürich noch 3264 Primarabteilungen gab, bestanden nach der Umsetzung des Sanierungsprogramms 04 im Jahr 2006 nur noch 2994 Primarabteilungen. Das bedeutet, dass der Anteil sehr grosser Klassen von knapp 5 Prozent aller Primarabteilungen auf 13,5 Prozent angestiegen ist. Vor Einführung der Sparmassnahmen war nur jede zwanzigste Primarklasse sehr gross; mittlerweile ist mehr als jede siebte Klasse betroffen.

Angespannte Situation hält an

Die Klassengrössenerhöhung um durchschnittlich 1,5 Schülerinnen und Schüler erscheint auf den ersten Blick moderat. Tatsächlich zeigt sich, worauf Kritikerinnen und Kritiker immer hingewiesen haben: Die flächendeckende Erhöhung der Klassengrössen konnte nicht sinnvoll verteilt werden. Aus organisatorischen Gründen müssen die Schulpflegen die Massnahme umsetzen, indem sie einzelne sehr grosse Klassen bilden.

Die Sparmassnahmen sind nun umgesetzt, bleiben aber natürlich bestehen, und es ist davon auszugehen, dass die bestehende Anzahl sehr grosser Klassen auf dem aktuellen hohen Niveau bestehen bleibt. Das heisst, dass Jahr für Jahr, solange die Klassengrössenerhöhung gilt, gut 10'000 Schülerinnen und Schüler allein auf der Primarstufe von sehr grossen Klassen betroffen sein werden. Das gilt es in Zukunft zu verhindern.

Initiative "Gegen die Erhöhung der Klassengrössen" sofort zur Abstimmung

Die "Klassengrössen-Initiative" will die Erhöhung der Klassengrössen, die zur beschriebenen Entwicklung bei den Primarklassen geführt hat, rückgängig machen. Zurzeit wird die Initiative in der Bildungskommission behandelt. Es ist davon auszugehen, dass sich im Kantonsrat keine Mehrheit für die Initiative finden lässt, weil sich die bürgerlichen Parteien bisher gegen die Initiative ausgesprochen haben. In diesem Fall wird die Bevölkerung des Kantons Zürich in einer Volksabstimmung entscheiden.

Es ist aber höchste Zeit, dass über die Initiative abgestimmt wird, damit die Zürcher Bevölkerung die Möglichkeit hat, diese Sparmassnahme rückgängig zu machen. Immerhin wurde die Initiative vor bald drei Jahren, im November 2004, eingereicht. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Volksabstimmung bis spätestens im Februar 2008 durchgeführt werden kann, damit bei einer Annahme der Initiative die Reduktion der Klassengrössen per Schuljahr 2008/09 erfolgen kann.

"Klassengrössenbremse" als Ausgleich zur "Ausgabenbremse"

Die Ausgabenbremse, die zum Sanierungsprogramm 04 geführt hat, sieht für den Fall, dass der mittelfristige Ausgleich der Laufenden Rechnung des Kantons Zürich gefährdet ist, vor, dass der Regierungsrat dem Kantonsrat Massnahmen zur dauerhaften Senkung der Ausgaben beantragt. Die Erhöhung der Klassengrössen konnte auf der Basis der Ausgabenbremse sogar ohne Zustimmung des Kantonsrats vorgenommen werden. Die Entwicklung der letzten drei Jahre zeigt, dass diese Sparmassnahme durchgesetzt wurde, indem sehr grosse Klassen gebildet werden. Damit diese Entwicklung verhindert werden kann, braucht es gesetzgeberische Massnahmen. Es ist festzulegen, dass keine sehr grossen Klassen zu Beginn des Schuljahres gebildet werden dürfen. Mit einer solchen "Klassengrössenbremse" besteht für die kantonal und kommunal verantwortlichen Behörden die Verpflichtung, übergrosse Klassen zu verhindern. Sofern das nicht im

Rahmen der zugesprochenen Vollzeiteinheiten (Anzahl einer Gemeinde zur Verfügung stehender Lehrpersonalstellen) möglich ist, sind diese unabhängig von der Ausgabenbremse zu bewilligen.